

Peter Stiegnitz

## Osteuropa-Magazin 2010

### TSCHECHIEN

Es hat lange gedauert, doch jetzt hat es »geklappt«: In Prag wurde die so genannte »Terezin-Erklärung« verabschiedet. Dabei handelt es sich um die längst fällige Entschädigung der in der Nazizeit enteigneten Juden. »Terezin« ist die tschechische Bezeichnung für »Theresienstadt«. Sämtliche von den Nazis aus jüdischem Besitz geraubten Kunstwerke und Immobilien sollen laut dieser »Erklärung« ihren rechtmäßigen Besitzern zurückgegeben werden. Nach der Unterzeichnung der »Erklärung« sprach der US-Delegationsleiter Stuart Eizenstat von einer »weit reichenden Verpflichtung, die auch Sozialleistungen für Hinterbliebene umfasse«. Georg Heuberger, Vertreter der Jewish Claims Conference in Deutschland, lobte die Deklaration als »Schritt nach vorne« und führte weiter aus, die Erklärung sei eine wichtige Chance, noch zu Lebzeiten der ehemals von den Nazis Verfolgten »verstärkt darauf hin zu wirken, dass die geraubten Gegenstände zurückgegeben werden.«

\*

Der Oberste Verwaltungsgerichtshof in Brünn hat die tschechische »Arbeiterpartei« wegen ihrer Nähe zu Neo-Nazi-Gruppen aufgelöst. Beantragt wurde das Verbot von der Regierung in Prag. Die rechtsextreme »Arbeiterpartei« organisierte Protestmärsche und »Schutzpatrouillen« gegen »nicht anpassungsfähige Bürger«; gemeint waren überwiegend verschiedene Zigeunerstämme, wie Roma, Sinti, Lovara und andere. Parteichef Tomas Vanda drohte nach dem Verbot mit einer Neugründung seiner rechtsextremen Partei. Allerdings ist die po-

litische Bedeutung der Partei nicht allzu groß; bei den jüngsten Wahlen hat sie kaum ein Prozent der Stimmen erreicht.

\*

Das Jüdische Museum in Prag startet eine neue Aktion, »unKnown« genannt. Dabei handelt es sich um Fotografien unbekannter Personen, die mit Hilfe der Kultusgemeinden und der breiteren Öffentlichkeit identifiziert werden sollen. Die hier Abgebildeten waren alle Mitglieder der Prager Kultusgemeinde zwischen 1942 und 1945. Im Fotoarchiv des Museums warten jetzt mehrere tausend Bilder, davon gehören 700 Mitglieder der Gemeinde an. Vor zwei Jahren wurde die Aktion gestartet und seither konnten kaum 100 Personen identifiziert werden. Die Fotos können im Internet ([www.jewishmuseum.cz](http://www.jewishmuseum.cz)) abgerufen werden.

### POLEN

Es gibt erneut Probleme mit dem rechts-extremen katholischen »Radio Maryja«. Diesmal ging es allerdings nicht um den mehr als berechtigten Vorwurf des Antisemitismus, sondern um puren Rassismus. Der Chef des Radios, Tadeusz Rydzyk, hat sich über einen afrikanischen Mönch »lustig« gemacht: »Noch ein Schwarzer. Oh Gott, der hat sich noch nie gewaschen.« Ein parteiloser Abgeordneter erstattete wegen Rassismus Anzeige gegen den geistlichen Chefredakteur. Dieser wiederum erhielt postwendend politische Unterstützung von der rechtslastigen Oppositionspartei »Recht und Gerechtigkeit«, deren Sprecher betonte,

dass es sich dabei nur um einen »Scherz zur Begrüßung des afrikanischen Geistlichen handelte.« »Radio Maryja« geriet schon vor einiger Zeit wegen wiederholter antisemitischer Vorfälle im Vatikan in Verruf.

\*

Die Auschwitz-Gedenkstätte ist in einem sehr schlechten Zustand. »120 Millionen Euro sind notwendig, um die Holocaust-Gedenkstätte dauerhaft zu erhalten«, erklärte der polnische Außenminister Radoslaw Sikorski vor seinen EU-Amtskollegen. Diese Summe hat auch der Direktor des Staatlichen Museums Auschwitz-Birkenau, Piotr Cywinks, bestätigt. Nicht nur das Grundwasser, sondern auch Regen, Frost und Wind setzen den Gebäuden zu. Bereits mehrere Baracken mussten aus Sicherheitsgründen für Besucher gesperrt werden. Der polnische Staat unterstützt die Gedenkstätte, doch allein wird er die Summe für die Generalsanierung nicht aufbringen können. Seine internationale Aufforderung für einen entsprechenden finanziellen Beitrag wurde jetzt schon von mehreren Staaten wie Deutschland, Österreich und die Niederlande positiv aufgenommen.

\*

Die Nachricht ging durch die Weltpresse: Das berühmt-berüchtigte Auschwitz-Schild »Arbeit macht frei« wurde gestohlen. Der Auftraggeber soll ein englischer NS-Sympathisant gewesen sein, der NS-Erinnerungsstücke im großen Stil sammelt. Für diese »Trophäe« war er bereit, einer schwedischen Neo-Nazi-Gruppe viel Geld zu zahlen. Das Schild wurde am 18. Dezember vorigen Jahres gestohlen. Mit dem Geld, so die Vermutung der Behörden, wollten die schwedischen Neo-Nazis Anschläge im eigenen Land verüben. Nach einem internationalen Polizeiaufgebot wurden die Diebe gefasst; die drei Polen haben je zwei-

einhalb Jahre Gefängnisstrafe erhalten. Der »Kopf« der Bande, ein leitender Funktionär der schwedischen Neo-Nazis, wurde mittlerweile in Stockholm verhaftet.

\*

Manfred Lemm hat jüngst in der Zeitschrift »David« über das neue Oskar-Schindler-Museum berichtet. Bekannterweise hat der deutsche Fabrikant Schindler (1908–1974) 1.200 Juden das Leben gerettet, indem er sie kontinuierlich beschäftigte. Ihm widmete Steven Spielberg seinen Film »Schindlers Liste«. Zunächst sieht man im neuen Museum Originalfotos von Schindlers Fabrik. Jetzt wird die Ausstellung erweitert, indem das Leben der Juden, Polen und Deutschen vor und während des Krieges in Krakau gezeigt wird. »Die Direktorin Monika Bednarek von der Krakauer Museenverwaltung freut sich über das enorme Interesse für das Schindler-Museum, das an Originalschauplätzen und Drehorten von Spielbergs Film (...) installiert wurde.« (Manfred Lemm)

## SLOWAKEI

Die rechtsextreme Partei »Slowakische Gemeinschaft«, die angeblich auch gute Kontakte zu Neo-Nazi-Gruppierungen hält, will ins Parlament einziehen. Das erklärte jüngst der Parteichef Marian Kotleba vor Auslandsjournalisten. Das Oberste Gericht der Slowakei hatte im Sommer 2009 die Entscheidung des Innenministeriums vom November 2008 zur Auflösung der »Slowakischen Gemeinschaft« aufgehoben. Trotzdem ändert jetzt die Partei ihren Namen und fungiert nun als »Volkspartei Slowakei«.

Parteichef Kotleba ist kein Unbekannter. Das Wochenmagazin »profil« schreibt über ihn: »Er verkauft Nazi-Mode, organisiert Aufmärsche durch Roma-Viertel und schmiedet nationalistische Allianzen.« In

seinem Geschäft begrüßt Kotleba seine Kunden, im Gegensatz zu den »Heil!«-Rufen seiner kahlköpfigen Mitarbeiter, mit dem alten Gruß der slowakischen Nazis: »Na straz!« (»Auf Wache!«). Seine Partei will »den Stolz der Slowaken auf ihre Nation wecken«, erklärte der Neo-Nazi-Führer »profil«. Sein Slogan »Entweder wir siegen oder wir gehen unter!« erinnert an die faschistische Ideologie von Andrej Hlinka und Jozef Tiso. Auf der Homepage von Kotlebas Partei findet man unter zahlreichen antisemitischen Schriften auch »Die Protokolle der Weisen von Zion« und Henry Fords »Der internationale Jude«. Kotleba verbirgt seinen tiefen Hass auf die Juden auch im »profil«-Interview nicht: »Die Prophezeiung einer jüdischen Weltverschwörung erfüllt (sich) langsam. Das sollte uns eine Warnung sein.«

## SLOWENIEN

Auch für österreichische Medien war es eine »historische Begegnung«, als sich das erste Mal die Staatschefs Österreichs, Heinz Fischer, und Sloweniens, Danilo Türk, am Kärntner Loiblpass trafen. An dieser Grenze zwischen beiden Ländern gedachten die Staatsschefs der Opfer des NS-Regimes, die im dortigen Außenlager des KZ Mauthausen ermordet wurden. Im Gegensatz zu der Kärntner Seite steht auf der slowenischen eine entsprechende Gedenktafel. Jetzt soll auch auf der österreichischen Seite ein ähnliches Mahnmal aufgestellt werden. »Wir müssen aus den Fehlern der Vergangenheit lernen«, so Bundespräsident Heinz Fischer.

## BOSNIEN

Die Wiener Zeitschrift »NU« hat jüngst den ehemaligen österreichischen Botschafter in Bosnien, Valentin Inzko, zum jüdischen Leben in Sarajevo interviewt: »Das

Leben der jüdischen Gemeinde ist (...) vielfältig und reichhaltig.« Die Juden in Sarajevo leben frei, friedlich, vor allem aber sicher. Das bestätigte auch der Ex-Botschafter und jetzige Hohe Beauftragte Inzko: »Die Bevölkerung von Sarajevo kann sich ein Leben ohne die jüdische Gemeinde gar nicht vorstellen. Die Juden sind ein fester Bestandteil ihrer Stadt, ihrer Identität, ihrer Vergangenheit und Gegenwart.«

Die älteste Synagoge der Stadt, immerhin aus dem Jahre 1581, wurde einst von aus Spanien vertriebenen Sephardim gebaut. Heute fungiert das Gebäude nicht nur als Gotteshaus, sondern auch als geistiges Zentrum der kleinen, doch sehr lebendigen jüdischen Gemeinde der Stadt. Im Jüdischen Museum (»Jewish Museum of Bosnia-Herzegovina«) in der Velika Avlija, wo auch die Synagoge steht, wird nicht nur die Geschichte der bosnischen Juden gezeigt, sondern auch wunderschöne Kultgegenstände, wie die Kopie einer der ältesten Haggadahs der Welt aus dem 14. Jahrhundert. Das Original steht heute noch im Bosnischen Nationalmuseum, da es von den Eigentümern 1894 dem Museum überantwortet wurde. Während der NS-Zeit wurde das kostbare Buch in einer Dorfmoschee versteckt. Sarajevo ist eine der wenigen Städte der Welt, wo vor der Synagoge keine Polizisten stehen müssen, denn »die bosnischen Muslime sind stolz auf ihr »kleines Jerusalem«, wie Sarajevo aufgrund der gemeinsamen Existenz von Muslimen, Juden, (...) Christen oft genannt wird.« (»NU«)

## BULGARIEN

Ausnahmsweise eine passende, doch hierher gehörende Erinnerung des Autors dieser Zeilen: Es war 1944, im vorletzten Holocaust-Jahr der Barbarei. Meine Eltern und ich, damals ganze acht Jahr alt, wurden voneinander getrennt von christlichen Freunden in ihren Kellern versteckt und zit-

terten vor den Pfeilkreuzlernmördern, die in allen Verstecken »Juden suchten«. Damals hörte ich von unseren jüdischen Freunden, die zwar in Budapest lebten, doch keine Angst vor der Deportation hatten. Warum? Sie waren bulgarische Staatsbürger und ihr Land hat sie auch im Ausland geschützt. – Erst recht im Land selber.

Daran dachte ich bei der Lektüre eines Artikels von Henriette Schröder in der »Illustrierten Neuen Welt« über das Schicksal der bulgarischen Juden. Die Autorin zitiert dabei Yosiff Benaroi, einen jüdischen Überlebenden aus Plovdiv: »Als die Polizei im März 1934 die Juden in Plovdiv zur Deportation in einer Schule zusammentrieb, intervenierten der Orthodoxe Metropolit der Stadt zusammen mit einer Schar Arbeiter. Wir konnten nach Hause gehen und wurden nicht deportiert.« In Europa gab es nur zwei Länder, in denen nach dem Holocaust genauso viele Juden lebten wie vorher: in Albanien und in Bulgarien. In Bulgarien lebten vor Beginn des Zweiten Weltkrieges 50.000 Juden und 1945 genau so viele. Die meisten bulgarischen Juden sind Sephardim, die im 15. Jahrhundert aus Spanien vertrieben wurden. In Bulgarien gab es nie Ghettos, die Juden konnten immer frei und überall leben. Aus wirtschaftlichen Gründen lebten die meisten in Sofia, nur vier bis fünf Prozent in anderen Städten des Landes. Trotz aller Liberalität leben im heutigen Bulgarien nur mehr rund 5.000 Juden.

## UKRAINE

Der Chef der ukrainischen rechtsextremen Partei »Swoboda« (»Freiheit«), Oleg Tjanibok, huldigt den »Helden« der einstigen SS-Division »Galizien«, die angeblich die »Ukraine gegen die Roten Armee vertei-

digt haben«. In Wirklichkeit haben sich die Mitglieder dieser Division hauptsächlich an der Ermordung von ukrainischen, polnischen und slowakischen Juden beteiligt. In der Stadt Ternopil, wo Tjaniboks Bewegung aus den jüngsten Gemeinderatswahlen als die stärkste Partei hervorging, will er eine Gedenktafel für die »Helden der Division Galizien« aufstellen. Der ehemalige Sprecher der ukrainischen Bundesregierung, Aleksander Feldman, hat es auf den Punkt gebracht: »Die Mitglieder der SS-Division Galizien waren reine Kriegsverbrecher«.

## WEISSRUSSLAND

In der Hauptstadt von Weißrussland, in Minsk, will man heute davon nichts mehr wissen. Wovon? Dass über 10.000 deportierte Juden in Maly Trostinec in der Nähe der weißrussischen Metropole brutal ermordet wurden. Vom Herbst 1941 bis Herbst 1942 kamen die Deportierten an, in Viehwaggons zusammengedrückt. Sie mussten in Maly Trostinec ihre eigenen Gruben schaufeln, in denen sie erschossen wurden. Hier starben nicht nur die zehntausend österreichischen, sondern weitere 50.000 Juden. Die 34 Massengräber wurden von den Deutschen vor dem Einrücken der Roten Armee planiert und unkenntlich gemacht. Nach einschlägigen Dokumenten wurden hier insgesamt 200.000 Menschen ermordet.

Das Wiener Wochenmagazin »profil« berichtet über die verdienstvolle Arbeit des jungen Wiener Wissenschaftlers Robert Marchl, der während seines Studiums in Minsk auf den Vernichtungsort aufmerksam wurde. Im Gegensatz zu Deutschland – in Bremen, Hamburg und Düsseldorf wurden für ihre Toten Erinnerungstafeln aufgestellt – gibt es solche in Österreich nicht.